

Fachausschuss EU-Angelegenheiten der SPD Berlin

Zwölf Thesen für ein sozialdemokratisches Europawahlprogramm

Mit Verve haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im vergangenen Jahr in ihr Hamburger Grundsatzprogramm die weit reichende Vision einer sozialen und demokratischen Europäischen Union integriert. Das Europakapitel ist zugleich Fixpunkt und Arbeitsprogramm in einer globalisierten Welt, in der die EU nach Innen wie Außen eine zentrale Rolle auszufüllen hat. Aus den hierin aufgezeigten Perspektiven ergeben sich mittelfristige politische Absichten, die zu konkreten Forderungen in der aktuellen Europapolitik führen. Der Ort ihrer Abbildung ist das Programm der SPD zu den am 7. Juni 2009 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Die durch das negative irische Referendum bedingte Verzögerung im Ratifizierungsprozess zum Vertrag von Lissabon gestattet nicht, dass die neue Legislaturperiode mit einer verbesserten vertraglichen Grundlage beginnt. Die SPD rechnet jedoch fest damit, dass eine Lösung gefunden wird, die zum baldigen Inkrafttreten des Vertrags führt. Der zeitliche Verzug hindert die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in keiner Weise daran, überzeugt für ihr europapolitisches Leitbild – das weit über die Grundlagen des Vertrags von Lissabon hinausreicht – einzutreten. Zentral ist dabei das Aufzeigen der sozialdemokratischen Alternative zu einer rein marktliberal und gesellschaftskonservativ gestalteten EU.

- (1) **Die politische Union anvisieren.** Stärker als bisher ist die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) als europäische Partei zu etablieren, um zur Gestaltung einer europäischen Öffentlichkeit beizutragen. Innerhalb der Parteienfamilie soll eine Diskussion um die Langzeitperspektiven der EU bis 2030 angestoßen werden, die in einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm für Europa mündet, das als gemeinsames Fundament politischen Handelns dient. Die SPD wirbt dabei für ihre Vision einer politischen Union. Langfristig wird eine durchgehend demokratisch verfasste, föderal aufgebaute EU angestrebt.
- (2) **Mehr Demokratie wagen.** Es soll auf eine bessere Interaktion zwischen nationalen Parlamenten und den Institutionen der EU bei der europäischen Gesetzgebung hingewirkt werden, um die parlamentarische Repräsentation des Willens der Bürgerinnen und Bürger im Mehrebenensystem in vollem Umfang zu gewährleisten. Die SPD steht zum Vertrag von Lissabon. Die hierin enthaltenen, Demokratie fördernden Elemente – wie etwa die Kompetenzzuwächse für das Europäische Parlament – sind unverzichtbare Bestandteile einer Reform der EU.
- (3) **Wirtschafts- und Sozialpolitik gestalten.** Ein sozialer Stabilitätspakt soll beschlossen werden. Hierin werden Strategien des Steuereumpings durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und europaweite Mindestsätze für die Unternehmenssteuern verhindert. Zudem müssen die nationalen Sozialausgaben verbindlich auf einer der wirtschaftlichen Entwicklung eines jeden Landes angemessenen Höhe verbleiben. Die Verbindlichkeit der Offenen

Methode der Koordinierung im Bereich der Renten, des Gesundheitsschutzes und der Langzeitpflege ist nach dem Modell des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erhöhen. Im Bereich der sozialen Eingliederung soll die Koordinierungspraxis schrittweise in direkte europäische Politik überführt werden, um wirkungsvoller Armut und soziale Exklusion in der EU bekämpfen zu können. Die makroökonomische Koordinierung in der Eurozone ist auch außerhalb der Verträge zu verstärken. Nur durch eine verbindliche Abstimmung der Grundzüge der jeweiligen Wirtschaftspolitiken der 15 Euro-Staaten können asymmetrische Schocks erfolgreich eingedämmt werden, deren Bekämpfung heute allein der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und den nationalen Lohnpolitiken aufgebürdet wird. Die Wirtschaftsdemokratie Europas sollte durch die institutionelle Stärkung des Sozialen Dialogs, die Einführung eines Europäischen Betriebsverfassungsgesetzes (anknüpfend an die Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten) und den Ausbau der bislang nur beratenden Kompetenzen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses verankert und gestärkt werden.

- (4) **Den Wettbewerb regulieren.** Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes, wie etwa die Dienstleistungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit, dürfen nicht die nationalen Sozialsysteme untergraben. Zum Ziellandprinzip besteht angesichts der großen Heterogenität sozialer Sicherung in der EU derzeit keine Alternative. Die Einhaltung landesspezifischer Tarifvereinbarungen, Mindestlöhne und Sozialnormen muss Vorrang haben vor der Durchsetzung der Marktfreiheiten. Darüber hinaus ist die Etablierung gemeinsamer Mindeststandards des Arbeitnehmerschutzes voranzutreiben. Für günstigere nationale Regelungen soll eine Bestandsgarantie gelten. Die SPD will öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vor einer marktgetriebenen Privatisierungslogik bewahren. In der EU muss daher die primäre Zuständigkeit der nationalen, regionalen und lokalen Behörden bei Fragen der Daseinsvorsorge vertragsrechtlich verankert werden.
- (5) **„Gute Arbeit“ fördern.** Europaweit sollen Existenz sichernde Löhne, die mindestens 60% des nationalen Durchschnittslohnes betragen, als gemeinsamer Mindeststandard eingeführt werden, denn Arbeit darf nicht arm machen. Das Ziel der Vollbeschäftigung verbindet die SPD mit der Forderung zur Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. „Gute Arbeit“ beruht auf starken Arbeitnehmerrechten und betrieblicher Mitbestimmung, die europaweit auszubauen sind. Flexibilisierungen der Arbeitsmärkte erfordern arbeitsrechtlich und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse; Flexicurity bedeutet Flexibilität *und* Sicherheit! Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in der EU ein intelligenter, ausgewogener Mix aus passiven, aktiven und aktivierenden Maßnahmen anzuwenden.
- (6) **Diskriminierung verhindern.** Die noch immer bestehenden Benachteiligungen für Frauen im Berufsleben müssen endgültig beseitigt werden. Die EU soll ein diskriminierungsfreier Raum der Chancengleichheit sein. Insbesondere die Unterschiede in der Einkommenshöhe zwischen den Geschlechtern sind einzuebnen und neue Modelle für die bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu entwickeln. Die SPD begrüßt die geplante Weiterentwicklung des europäischen Rechtsrahmens, um Diskriminierungen jeglicher Art entschieden entgegenzutreten.

- (7) **Finanzmärkte beaufsichtigen.** Die schweren Krisen auf den internationalen Finanzmärkten haben deutlich gemacht, wie notwendig ein regulativer Rahmen ist. Die derzeitige Regulierung der Finanzmarktakteure in Europa steht in keinem adäquaten Verhältnis zu den potenziellen Risiken, die vom Anlageverhalten und den Finanzinstrumenten für den europäischen Wirtschaftsraum ausgehen. An strengeren Auflagen zur Transparenz bei Spekulationsgeschäften führt kein Weg vorbei. Dazu gehört zumindest auch die Stärkung der Koordination der nationalen Finanzaufsichtsbehörden. Neben der Verbesserung der Eigenkapitalanforderungen und der Überprüfung der Bilanzierungsregeln, soll in den Rating-Agenturen die Bewertungspraxis vom Beratungsgeschäft getrennt werden. Selbstverpflichtungen der Finanzmarktinstitutionen sind hier nicht ausreichend. Kreditrisiken müssen künftig besser abgesichert sein, indem Rating-Agenturen und Banken für finanzielle Schäden haftbar gemacht werden können. Hierfür sollte ein aus privaten Mitteln gespeister europäischer Stabilitäts- und Sicherungsfonds eingerichtet werden. Die europäischen Finanzmärkte sollten zu einem stabilisierenden Faktor einer produktivitätsorientierten europäischen Wirtschaft gemacht werden. Die einseitige Orientierung am Shareholder Value verhindert Investitionen und Realkapitalbildung und somit Wachstum und Beschäftigung.
- (8) **Industriepolitik ökologisch fortentwickeln.** Die Umsetzung der jüngsten europäischen Klimaschutzziele ist konsequent voranzutreiben. Ökologische und ökonomische Ziele ergänzen sich. Investitionen in regenerative Energien und Umwelttechnologien stellen einen maßgeblichen Standortfaktor dar und tragen zur Energiesicherheit bei. Die Entwicklung verbindlicher europäischer Standards zur Steigerung von Energieeffizienz und Energieeinsparung ist umgehend aufzunehmen, damit die EU eine ökologische Vorreiterrolle in der Welt übernehmen kann. Für die SPD ist die Atomkraft aufgrund ihrer erheblichen Sicherheitsrisiken, der ungeklärten Entsorgungsfrage radioaktiver Abfälle und der Endlichkeit der benötigten Uranvorkommen keine geeignete Lösung, Umwelt und Klima nachhaltig zu schützen und die Energieversorgung zu sichern.
- (9) **International Frieden schaffen.** Die Etablierung der EU als globale Friedensmacht fußt auf drei Grundpfeilern: einer Stärkung der europäischen Dimension der Entwicklungszusammenarbeit, dem Ausbau der zivilen Krisenprävention im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Mitgestaltung weltweiter Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle, und einem geschlossenen Auftreten der EU in internationalen Organisationen sowie bei präventiven, friedensschaffenden und friedenserhaltenden Interventionen in Krisenregionen. Diese Forderungen müssen in der Umsetzung einer europäischen Außenpolitik sichtbar werden. Über die bereits gegebenen Beitrittszusagen hinaus, geht die Vertiefung der politischen Integration vor gegenüber der Aufnahme neuer Mitglieder, denn nur eine politisch starke EU kann ihre Nachbarregionen im Streben nach Demokratie und Stabilität nachhaltig unterstützen. Die SPD tritt daher für die Ausgestaltung der Nachbarschaftspolitik als alternativer Form der Annäherung an die EU ein. Intensiver als bislang sollte sich die EU bemühen, die strategische Partnerschaft mit Russland auszubauen, um das beiderseitige Verhältnis zu verbessern.

- (10) **Migration politisch und sozial gestalten.** Die EU muss sich endlich zu einer einheitlichen Asyl-, Flüchtlings- und Integrationspolitik durchringen. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Gemeinsame Verfahrensstandards sind ebenso zu vereinbaren, wie eine umfassende Strategie zur Steuerung verschiedener Formen der Zuwanderung. Da die erfolgreiche Integration von Zuwanderern in die europäische Gesellschaft vor allem vom Bildungsstand, der beruflichen Qualifizierung und der Beherrschung der Sprache des Gastlandes abhängen, sind hierzu gezielte europäische Förderprojekte Voraussetzung. Generell bedarf die europäische Politik einer Ausgestaltung, in der die Interessen der Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden mit denen der Menschen in der EU in verträglicher Weise miteinander in Einklang gebracht werden.
- (11) **Den europäischen Citoyen ausbilden.** Bildung soll in der EU nicht nur als ökonomisch verwertbare Variable gehandelt werden, sondern Ausgangspunkt sein für eine solidarische Gesellschaft und als lebenslanger Begleiter des mündigen Bürgers fungieren. In der voranschreitenden Ausgestaltung eines europäischen Bildungsraumes besteht die Chance, durch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und transnationale Aus- und Fortbildungsangebote eine europäische Wissensgesellschaft zu etablieren. Für die SPD besitzt Bildung seit jeher eine Schlüsselfunktion als Voraussetzung für Chancengleichheit und den sozialen Aufstieg. Dies muss sich auch in einer finanziellen Priorität für diesen Sektor ausdrücken. Auf europäischer Ebene sollten sich daher die Mitgliedstaaten verpflichten, ihre nationalen Bildungsausgaben mittelfristig mindestens auf 7% ihres BIP anzuheben.
- (12) **Persönliche Freiheitsrechte schützen.** Der Datenschutz ist auf europäischer Ebene stärker zu verankern, damit die Balance von Sicherheit und Freiheit gewahrt bleibt. Die Terrorismusgefahr hat spätestens seit den Anschlägen von Madrid und London eine europäische Dimension bekommen, die eine enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in der EU notwendig macht. Mit wachsenden Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten des Staates, wie etwa der geplanten Fluggastdatenspeicherung, steigt aber auch der Bedarf an garantierten Grundrechten der persönlichen Freiheit und informationellen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Jüngste Skandale um Datenmissbrauch durch deutsche Unternehmen machen zudem deutlich, dass Datenschutz stärker als Arbeitnehmerrecht verankert werden muss und im freien Markt europäischer Regeln bedarf. Für die SPD sind die entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes zum Datenschutz nicht verhandel- und auf EU-Ebene abänderbar. Darüber hinaus ist die schleichende Auflösung der Trennung von Aspekten der inneren und äußeren Sicherheit über die europäische Ebene umgehend zu stoppen.